



liken, teilen, **was bewegen**

jugendforum rlp



Jugendmanifest rlp

UNSERE ZUKUNFT

BESTIMMEN WIR!

November 2012

PRÄAMBEL

Liken, teilen, was bewegen: Unter diesem Motto haben wir – junge Menschen aus ganz Rheinland-Pfalz – im „jugendforum rlp 2012“ rund vier Monate lang Themen aus allen Lebensbereichen erarbeitet, die uns wichtig sind. Das Ziel: die Zukunft unseres Landes mitzugestalten.

Die Vorschläge haben wir online und auf einer Jugendkonferenz in der Landeshauptstadt Mainz diskutiert. Wir sind davon überzeugt, dass eine vielfältige, gerechte und demokratische Gesellschaft unseren Einsatz braucht. Uns verbindet die gemeinsame Hoffnung: nachhaltige Entwicklungen anzustoßen.

Wir wollen uns dafür engagieren, dass unsere Wünsche in der Zukunft Wirklichkeit werden. Mit diesem Dokument übergeben wir unsere Forderungen an die Landesregierung und erwarten gespannt die Veränderungen, die daraus erwachsen.



ELF THEMEN – HERAUSFORDERUNGEN, VISIONEN, LÖSUNGSANSÄTZE

1

AUSBILDUNG UND ARBEIT

Geschlecht, Alter, Herkunft und Hautfarbe sagen nichts über unsere Fähigkeiten aus. Und doch beeinflussen diese Eigenschaften unsere beruflichen Möglichkeiten. Auch die soziale Herkunft erweist sich viel zu oft als Hindernis für die Ausbildung. Selbst qualifizierte Jugendliche können aus diesen Gründen oder wegen ihrer finanziellen Situation teilweise kein Studium aufnehmen.

In unserer Vision können alle studieren, die studieren wollen. Finanzielle Hürden gehören der Vergangenheit an. Keiner ist aufgrund seiner Herkunft benachteiligt. Die Qualität der Lehre wird durch ein ausreichendes Budget garantiert. Arbeitsplätze werden an die Besten vergeben – egal woher die Bewerberinnen und Bewerber kommen oder wie sie aussehen. Niemand wird benachteiligt. Alle haben die gleichen Chancen.

Daten, die nichts über die berufliche Qualifikation aussagen, haben in einer Bewerbung nichts zu suchen: Persönliche Angaben müssen bei Auswahlverfahren automatisch verschlüsselt werden. Diese Regelung soll gesetzlich festgeschrieben und kontrolliert werden. Um jedem die Chance auf ein Studium zu geben, fordern wir die Landesregierung auf, jeder und jedem Studierenden eine angemessene Grundförderung zur Verfügung zu stellen. Diskutiert wurde eine Summe von 300 Euro pro Monat oder eine an der Leistungsfähigkeit der Eltern bemessene Zahlung. Dieser Betrag muss nicht zurückbezahlt werden. Während des Studiums sollen keine Studiengebühren erhoben werden. Eine Option wäre es, dass das Studium im Nachhinein bezahlt wird. Bei diesem Punkt sind wir uns aber nicht einig. Jugendliche, die eine Ausbildung machen, sollten bessere Möglichkeiten zur Fortbildung haben. Ihr Bildungsurlaub sollte auf zehn Tage in zwei Jahren angeglichen werden. Wir nehmen die Landesregierung in die Pflicht, die genannten Anliegen zu realisieren, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu sensibilisieren und Gelder für den Studiengrundbetrag bereitzustellen.



2

VIELFALT, TOLERANZ, RESPEKT

In unserer Gesellschaft werden viele Menschen noch immer benachteiligt. Es gibt nicht genügend Aufklärung über Themen wie Mobbing, freie sexuelle Entfaltung, Rassismus, Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund.

Unsere Vision: Wir wünschen uns eine vorurteilsfreie Gesellschaft, in der Akzeptanz, Vielfalt und Respekt herrschen.

Wir fordern die Gründung einer unabhängigen Dachorganisation, die unsere Gesellschaft über das Thema Diskriminierung aufklärt. Diese Institution sollte einen Freiwilligendienst einführen, in dem Betroffene ehrenamtlich anderen Menschen ihre Erfahrungen und Lebensumstände näher bringen. Dadurch können Barrieren und Vorurteile abgebaut werden. Mögliche Treffpunkte für solche Veranstaltungen sind Institutionen wie Schulen, Universitäten oder Jugendzentren. Die Organisation selbst soll durch Spenden sowie durch Länder und Kommunen finanziert werden.



3

PARTIZIPATION UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE

Wir Jugendliche werden in Entscheidungen, die uns betreffen, nicht gut genug eingebunden. So entgehen uns Chancen, unsere Zukunft mitzugestalten.

Mitdenken, mitreden, mitbestimmen: Wir möchten uns aktiv und parteiunabhängig in politische Prozesse einbringen. Damit wir unser demokratisches Engagement ausweiten können, benötigen wir dringend bessere Informationsangebote. Wir fordern, dass politische Bildung für junge Menschen in öffentlichen Einrichtungen wie im Alltag massiv ausgeweitet wird. Jugendzentren und Schulen sollten dabei eine zentrale Rolle übernehmen. Nur unter dieser Voraussetzung halten wir eine Senkung des Wahlalters für sinnvoll.



Wir wünschen uns ein landesweites Netzwerk für politische Partizipation, in dem Institutionen wie Jugendzentren, Schulen, Universitäten oder Jugendparlamente Informationen austauschen. Das Netzwerk sollte überall und für jeden ansprechbar sein. Politikerinnen und Politiker sollten außerdem regelmäßig auf Augenhöhe mit uns diskutieren. Sie müssen ihre Entscheidungen transparenter für uns machen. Wir Jugendliche wollen uns unsererseits engagiert in diesen Dialog einbringen. Wir fordern, dass (die bereits vorhandenen) Jugendparlamente in Rheinland-Pfalz und ganz Deutschland gestärkt und in vergleichbaren Strukturen organisiert werden. Neue Initiativen brauchen Unterstützung. So können sich Jugendparlamentarierinnen und -parlamentarier auch bundesweit vernetzen und besser Einfluss nehmen.

4

BILDUNGSSYSTEM, UNTERRICHT UND LEHRERINNEN UND LEHRER

Schule ohne Grenzen

Das Bildungssystem muss reformiert werden: Bislang behindern uns zu enge Strukturen bei der Entfaltung unserer Persönlichkeit und schränken unseren Wissenshorizont ein. 16 Bundesländer verfolgen 16 verschiedene Standards in der Schulbildung – gleichwertige Abschlüsse sind somit unmöglich.

In unserer Vision ist die Schule ein Ort ohne Grenzen. Wir entscheiden mit, was wir lernen und welches Wissen uns in unserer persönlichen Entwicklung weiterbringt. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen werden einbezogen und angemessen gefördert. Gleichzeitig haben wir dieselben Chancen wie Schülerinnen und Schüler anderer Bundesländer und erreichen am Ende der Schulzeit einen gleichwertigen Abschluss.

Wir fordern die Vereinheitlichung des deutschen Bildungssystems, um die Schulen gerechter zu gestalten. Auch die Oberstufe soll bundesweit angeglichen werden, so dass die Anzahl der Leistungskurse überall identisch ist. Um dies zu erreichen, müssen auf der Bundesebene wesentliche Grundzüge vereinbart werden. In einer bundesweiten, parteiübergreifenden Bildungskommission sollen Schülervertreterinnen und -vertreter, Eltern und Expertinnen und Experten Probleme diskutieren und Lösungsvorschläge erarbeiten. Daraus werden Empfehlungen entwickelt, die die Bildungskommission im Bundestag und Bundesrat zur Abstimmung vorlegt. Um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, befürworten wir die Einführung einer „Schule für alle“: Schulklassen sollen nach dem



Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler zusammengesetzt sein. Die Aufhebung der räumlichen Trennung verschiedener Schularten ermöglicht einen schnelleren Niveauwechsel und ein besseres Miteinander. Außerdem verlangen wir bessere Wahl- und Kombinationsmöglichkeiten: Wir brauchen ein breiteres Angebot an Grundkursen wie z.B. Rhetorik oder darstellendes Spiel sowie Sportkurse, die wir nach Neigung und Talent belegen. Wir halten es für wichtig, dass die Facharbeit als studienvorbereitendes Element in der Oberstufe wieder einen größeren Stellenwert einnimmt. Um unsere Anliegen zu verwirklichen, setzen wir auf die Unterstützung der Landesregierung unter Mitwirkung von Eltern und Lehrerinnen und Lehrern.



Schule von morgen: weniger ist mehr!

Die heutigen Klassengrößen ermöglichen keine optimale individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern. Außerdem sind Lehrkräfte noch zu oft nicht ausreichend oder gar nicht dazu ausgebildet, mit neuen Medien und Methoden zu arbeiten. Ausgefallene Stunden werden zu selten ersetzt, oder wenn, dann nicht fachgerecht.

In unserer Vision sind künftig gerade so viele Schülerinnen und Schüler in einer Klasse, dass Lehrkräfte auf die Eigenschaften jedes Einzelnen eingehen können. Dafür werden die Pädagoginnen und Pädagogen auch entsprechend ausgebildet. Des Weiteren wünschen wir uns eine Beurteilung im Fach Sport, die nicht nur die körperliche Leistung im Blick hat.

Wir wollen, dass Politikerinnen und Politiker die Auswirkungen des demografischen Wandels auf neue Weise als Chance begreifen. Geringere Schülerzahlen dürfen nicht zum Anlass genommen werden, an der Bildung zu sparen. Das bedeutet: keinen drastischen Abbau der bereits bestehenden Lehrerstellen! Regelmäßige Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen sollen dafür sorgen, dass diese auch Zukunftsthemen adäquat vermitteln können.

Schule – echt kostenfrei!

Schülerinnen und Schüler müssen Vieles aus eigener Tasche bezahlen: zum Beispiel Kopiergeld, Bücher, Materialien und Klassenfahrten. Dabei sollte der Unterricht in Deutschland eigentlich kostenfrei sein! Besonders für Familien mit geringen Einkommen sowie für Alleinerziehende stellen diese Ausgaben eine große finanzielle Belastung dar.

In unserer Zukunftsvision sind unsere persönlichen Kosten für Schulbedarf deutlich gesenkt worden. Bei eingesammelten Geldern herrscht eine größere Transparenz.

Unsere Forderung an die Landesregierung: Lehrerinnen und Lehrer sollen regelmäßig über Förderangebote für Klassenfahrten oder Ausflüge von offizieller Stelle unterrichtet werden, damit sie diese Informationen an betroffene Schülerinnen und Schüler weitergeben können. Nicht nur Schulbücher, sondern auch andere in der Schule benötigte Literatur (etwa Lektüren) sollen in das bestehende System der Schulbuchausleihe eingebunden werden.

5

LEBEN IN DER SCHULE

Bestimme mit!

Schülerinnen und Schüler sind die größte Personengruppe in der Schule. Dennoch haben sie zu wenige Partizipationsmöglichkeiten. Zwar gibt es SchülerInnenvertretungen, diese können aber zu wenig Einfluss nehmen.

In unserer Vision werden Schülerinnen und Schüler in alle wesentlichen Entscheidungen mit einbezogen.

Wir fordern mehr Rechte für SchülerInnenvertretungen, neben dem Rede- auch das Stimmrecht in allen Konferenzen und Ausschüssen. Wir bitten die Landesregierung, uns bei der Umsetzung unserer Wünsche zu unterstützen. Dazu zählen: Ideenbriefkästen, in die alle Schülerinnen und Schüler Vorschläge einwerfen können. Die Schulleitung soll eingereichte Anregungen ernst nehmen und der SchülerInnenvertretungen öffentlich Rückmeldung dazu geben. Lehrerinnen und Lehrer müssen mehr mit Schülerinnen und Schülern kommunizieren und sie besser über ihre Rechte aufklären. Schulleitungen sollten verpflichtet werden, die SchülerInnenvertretungen zu allen Konferenzen und Besprechungen, denen sie beiwohnen darf, einzuladen. Verbindungslehrkräfte sollen geschult und weitergebildet werden, um konstruktiv mit der SchülerInnenvertretungen zusammenzuarbeiten. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und Schulleitung müssen sich besser austauschen.

Schule, eine saubere Sache!

Wir können den Zustand vieler Schultoiletten nicht länger akzeptieren. Viel zu oft sind die hygienischen Zustände unzumutbar. Seife und Papierhandtücher fehlen häufig.

Unsere Vision: Saubere und funktionstüchtige Toiletten in allen rheinland-pfälzischen Schulen.

Wir fordern mit Nachdruck, dass umgehend Toilettensanierungen durchgeführt und vom Land und privaten Sponsoren bezuschusst werden. Auch die Schülerschaft ist in der Verantwortung für Hygiene zu sorgen. Putzkräfte werden eingestellt und reinigen die Toiletten täglich. Nötige Reparaturen erledigen Hausmeister sofort.



6



SOZIALE GERECHTIGKEIT

Mehr Geld fürs soziale Feld

Wir sehen viel Ungerechtigkeit um uns herum. Und das, obwohl wir in einem Sozialstaat leben. So gelten soziale Berufe als wesentliches Standbein unserer Gesellschaft. Dennoch werden sie schlecht bezahlt.

Attraktiv, lohnend, gewürdigt: In unserer Vision finden soziale Berufe mehr Anerkennung. Wir wünschen uns ein Sozialsystem, in dem selbst das schwächste Glied der Gesellschaft keine Angst vor der Zukunft haben muss. Die Grundbedürfnisse jeder Bürgerin und jedes Bürgers sollten gedeckt sein, damit alle Menschen sich frei entfalten können.

Langfristig wünschen wir uns, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen in Deutschland eingeführt wird. Darauf sollte die Politik stärker als bisher hinwirken. Dabei muss zuerst ein Betrag festgelegt werden, den später nach der Klärung der Finanzierungsfrage jeder zur freien Verfügung hat. Welche Höhe sinnvoll ist, muss geprüft werden. Damit soziale Berufe attraktiver werden, soll ein angemessener Mindestlohn eingeführt werden.

Asylpolitik

Asylbewerberinnen und Asylbewerber leben in menschenunwürdigen Umständen. Ihr Aufenthalt in Deutschland ist selten sicher und sie können jederzeit des Landes verwiesen werden.

Unsere Vision: Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber werden in unserer Gesellschaft als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger aufgenommen.

Die Abschiebehaft soll aufgehoben und Asylbewerber in „normalen“ Wohnungen und nicht in einem Asylheim untergebracht werden. Auch Arbeitsverbot und Wertmarkensystem müssen abgeschafft werden. Diese Änderungen sollen nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern in ganz Deutschland gelten.

7

GESUNDHEIT

Erste Hilfe

Es gibt einen Ausbildungsbedarf: Jüngere Schülerinnen und Schüler fühlen sich in der Vielzahl nicht in der Lage, in Notsituationen zu reagieren, da sie dies nicht in der Schule lernen.

In unserer Vision der Zukunft sind auch jüngere Schülerinnen und Schüler fähig, Erste Hilfe zu leisten.

Schulen sollten in die Pflicht genommen werden, bereits in der Mittelstufe entsprechende Kurse einzurichten. Professionelle Rettungskräfte sollten sie durchführen.

Legalisierung von Cannabis

Jugendliche, die Cannabis konsumieren möchten, können dies nur illegal tun. Statt sachlicher Aufklärung wird das Thema verteufelt und unter den Tisch gekehrt.

Wir wünschen uns, dass der Besitz und Konsum von Cannabis gesetzlich erlaubt und steuerpflichtig ist. Ein legaler, geregelter Verkauf verbessert die Qualität und kann bleibende Gesundheitsschäden verhindern.

Die Landesregierung soll sich für die Legalisierung von Cannabis im Bundesrat einsetzen. Bereits bestehende Aufklärungsangebote zu Alkohol- und Tabakkonsum sollen um das Thema Cannabis ergänzt werden, um Drogenmissbrauch zu vermeiden.



UMWELT UND NACHHALTIGKEIT



Die Art wie Energie produziert und verbraucht oder Müll entsorgt wird muss umweltfreundlicher werden. Aber nicht nur der Staat, sondern jede und jeder Einzelne muss Verantwortung übernehmen. Der Umweltbildung in Deutschland fehlt es an Reichweite. Sie muss dringend forciert werden. Wie können wir also möglichst viele Menschen dazu bringen, verantwortungsbewusster zu handeln?

Sieh' die Welt als Ökoheld! Unsere Vision ist ein besseres Image für nachhaltige Lebensweisen. Wir wollen, dass alle in diesem Sinne ihr Verhalten überdenken und gegebenenfalls ändern.

Bürgerinnen und Bürger sollten sich leicht und vielfältig informieren können. Nur so werden sie befähigt, eigenverantwortlich zu handeln. Um alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer zu erreichen, sollte die Politik in Zusammenarbeit mit entsprechenden Institutionen die Entwicklung geeigneter Methoden der Umweltbildung fördern. Auch Schulen müssen diesem ökologischen Bildungsauftrag nachkommen. Außerdem soll das Land selbst vorbildlich handeln: Es gilt, öffentliche Gebäude energetisch zu sanieren, Dienstreisen klimaschonend durchzuführen, Entwicklungsländer zu unterstützen und die Vernetzung von Umweltorganisationen zu fördern.

9

MOBILITÄT UND VERKEHR

Die aktuellen Verkehrsstrukturen müssen bedarfsgerechter gestaltet werden.

Momentan weisen sie in Stadt und Land Defizite auf. Wir fühlen uns durch steigende Preise zunehmend von der Mobilität ausgeschlossen.

Egal wie, egal wo, egal wann – wir kommen an! Wir wünschen uns ein bedarfsorientiertes Verkehrsangebot mit regelmäßigem Linien- und einem flexiblen Nachtverkehr. Darüber hinaus fordern wir ein landesweites Tarifsysteem, das allen Nutzern der öffentlichen Verkehrsmittel ermöglicht, zu fairen Bedingungen an der Mobilität in Rheinland-Pfalz zu partizipieren.

Wenn sich der Nahverkehr am Bedarf orientiert, lassen sich Ressourcen einsparen: Dort, wo keine oder weniger Plätze für Fahrgäste nötig sind, sollten diese auch nicht angeboten werden. Wenn Busse leer bleiben, sollten kleinere Transportmittel genutzt werden. Dadurch sind auch Preissenkungen möglich. Jugendliche in Rheinland-Pfalz kommen auch nachts ans Ziel, wenn Sternverkehr und Ruf- oder Sammeltaxen kombiniert werden.





COMPUTER, INTERNET, HANDY

Verbesserung der Netzqualität

Ein Internetzugang ist in einer durch und durch digitalisierten Welt für Jugendliche genauso wichtig wie Strom und Warmwasser. Wer nur unzureichend angebunden ist, hat zu oft Nachteile in seinem sozialen Umfeld. Auch ein flächendeckendes Mobilfunknetz ist für uns von großer Bedeutung.

Für unsere Zukunft wünschen wir uns eine schnelle und bezahlbare Anbindung an das Internet und eine flächendeckende Mobilnetzversorgung. Künftig sollte es keine Rolle mehr spielen, ob man in einem Ballungsgebiet oder in einer ländlichen oder strukturschwachen Region wohnt.

Ziel muss es sein, jeder Bürgerin und jedem Bürger in Rheinland-Pfalz eine ordentliche Anbindung ans Netz zu ermöglichen. Das Land sollte daher bis Ende 2013 in Kooperation mit den Kommunen Pläne erarbeiten, wie ein Ausbau aussehen kann. Bis 2015 sollte sich die gesamte Netzinfrastruktur in Hand des Landes Rheinland-Pfalz durch Aufkauf der Leitungen befinden. Die Rückfinanzierung erfolgt durch Nutzungsgebühren der privaten Anbieter. Wir hoffen, dass es so auch Wettbewerb unter den Anbietern in ländlichen Gegenden gibt.

Sicherheit im Netz

Viele von uns Jugendlichen sind nicht in der Lage, das Internet sicher zu nutzen. Wir sind uns unserer Verantwortung im Internet nicht bewusst genug und können auch nicht auf die Unterstützung der älteren Generationen bauen.

Unsere Vision: Ins Netz? – Aber richtig! Jugendliche wie auch Erwachsene und Seniorinnen und Senioren sollten in der Lage sein, das Internet verantwortungsbewusst zu nutzen. Dies schließt die Pflichten und Rechte jeder und jedes Einzelnen mit ein.

Wir Jugendlichen sollten schon früh in der Schule den richtigen Umgang mit dem Internet erlernen. Bis Ende 2013 sollten Lehrerinnen und Lehrer und Fachkräfte ausgebildet werden, die ab 2014 Lehrgänge in (Grund-)Schulen, Jugendzentren und Seniorenheimen anbieten. Ziel sollte es dabei sein, alle Bürgerinnen und Bürger über Sicherheit und Rechte im Internet aufzuklären. Unabhängige soziale Onlinenetze sollten als Alternative zu den kommerziellen Anbietern gefördert werden.

FREIZEIT

In den rheinland-pfälzischen Städten und Kommunen mangelt es an genügend abwechslungsreichen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Schließungen von Jugendeinrichtungen stehen auf der Tagesordnung.

Das ist in der Zukunft anders: Dann gibt es in den Städten und Kommunen ein breiteres Angebot zur freizeithlichen Beschäftigung. Beispiele dafür sind Schwimmbäder und Jugendräume.

Wir fordern mehr Mittel: Jugendarbeit und Jugendeinrichtungen sollen finanziell besser ausgestattet werden. So sollen bereits bestehende Angebote erhalten und neue ermöglicht werden.



UNSER AUFTRAG

Wir brauchen die Möglichkeit, unsere Vorstellungen zur Zukunft unseres Landes auf Augenhöhe mit Politikerinnen und Politikern zu diskutieren. Daher fordern wir die Landesregierung dazu auf, den Dialog mit uns

zu verstetigen. Nach den guten Erfahrungen wünschen wir uns, das „jugendforum.rlp“ regelmäßig fortzuführen. Denn es steht für eine neue Politik, in die wir uns viel stärker einbringen.



Das „jugendforum rlp“
ist ein Projekt der Landes-
regierung Rheinland-Pfalz
und der Bertelsmann Stiftung.
Weitere Informationen
finden Sie auf der Seite
www.jugendforum.rlp.de
im Internet.

KONTAKT

Sigrid Meinhold-Henschel | Projekt „jungbewegt“
Bertelsmann Stiftung
Tel.: 05241 81-81252
s.meinhold-henschel@bertelsmann-stiftung.de

Ina Bömelburg | Projekt „jungbewegt“
Bertelsmann Stiftung
Tel.: 05241 81-81506
ina.boemelburg@bertelsmann-stiftung.de

Nils Schwentkowski | Projekt „jungbewegt“
Bertelsmann Stiftung
Tel.: 05241 81-81378
nils.schwentkowski@bertelsmann-stiftung.de

Birger Hartnuß | Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Tel.: 06131 16-4079
birger.hartnuss@stk.rlp.de

Das „jugendforum rlp“ ist eine gemeinsame Initiative
der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und der Bertelsmann Stiftung.

